

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **1828-2008/DaDi** vom 03.03.2008

Aktenzeichen: 510-010

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Busch-Hübenbecker
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Gesundheitsversorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg
Antrag der Fraktion von Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Wir beantragen die Durchführung eines Anhörungsverfahrens zur aktuellen und zukünftigen medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt / Dieburg! Hierzu sollten Repräsentanten der Kreiskrankenhäuser Seeheim Jugendheim und Groß Umstadt, der Krankenkassen, der kassenärztlichen Vereinigungen, der städtischen Kliniken als Maximalversorger, der Personalräte und der Ärzteschaft teilnehmen !

Begründung:

Entgegen dem von der FDP Fraktion gestellten Antrag 1510 – 2007 halten wir Gespräche zu weiteren Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Landkreises Darmsatdt / Dieburg mit n u r der Standesorganisation der niedergelassenen Ärzte nur als bedingt Ziel führend !

O.g. FDP Antrag schließt wichtige Gruppen bei der Frage : „ Wie organisiert der Landkreis Darmstadt Dieburg die Krankenversorgung für seine Bürger ? „ aus.

Wir sehen aktuell für den Landkreis Da/Di unter den bestehenden gesetzlichen Vorgaben für Krankenhäuser, Ärzte, Krankenkassen und Beschäftigte die bisherige Krankenversorgung massiv für die Mehrheit der Bürger bedroht.

Ein „runder Tisch“ mit Landesvertreter macht unserer Meinung nur dann Sinn, wenn o.g. Akteure der Gesundheitsversorgung im Landkreis Da/Di in die aktuelle Diskussion integriert werden ! Hier gilt es neben bestehenden gesetzlichen Regelungen die bestehenden „Schwachpunkte und evtl. Stärken „des Landkreises auszuarbeiten und Wege aufzuzeigen, die eine optimale Versorgung der Bevölkerung in weiterer Zukunft garantieren sowie die wirtschaftliche Gesundung der Krankenhäuser unter der Verwaltung der öffentlichen Hand fixieren sollen.